

4 Steuerung und Organisation

Bislang standen die Relationen und Praktiken im Vordergrund, die sich im alltäglichen Kontakt von nahe wohnenden Menschen scheinbar zufällig oder ungeplant ergeben, und die zu (mehr oder weniger distanzierter) Austausch und Begegnung, aber auch zu Spannungen und Konflikten führen können. Zu kurz kam dabei, dass Nachbarschaftsbeziehungen in den untersuchten Überbauungen nicht einfach nur so bestehen, sondern auch in Organisationsstrukturen eingebettet sind. Dieses Kapitel beschäftigt sich deshalb mit der Frage, welche AkteurInnen nachbarschaftliche Dynamiken (mit)organisieren und steuern und wie sie dies tun. Denn die Interventionen und Steuerungsmechanismen durch externe Instanzen gehören zum Spezifischen der Nachbarschaften der untersuchten Hochhausüberbauungen. Je nach Art und Weise der Steuerung eröffnen sich dabei auch – historisch gewachsene – Differenzen zwischen den beiden Überbauungen. Neben den Interventionen von außenstehenden Instanzen kommen dabei auch die nachbarschaftlichen Veranstaltungen, Aktivitäten und Geselligkeitsmomente zum Tragen, deren Organisation auf die Initiative oder Mitwirkung von BewohnerInnen zurückgeht.

4.1 ADMINISTRATIVE UND SOZIALE STEUERUNG

Es gibt insbesondere zwei Organisationsinstanzen, die Nachbarschaften von außen steuern. Erstens die EigentümerInnen und Verwaltungen, die mit der Festlegung von Hausordnungen und ihrer administrativen Praxis nicht nur ein reibungsloses Management der Siedlungen anstreben, sondern nachbarschaftliche Dynamiken auch mehr oder weniger gezielt mitprägen. Und zweitens die vor Ort tätige Sozial- und Gemeinwesenarbeit, die mit diversen Interventionen soziale Aktivitäten und Vernetzungsmöglichkeiten unterstützt, und so ein gutes Zusammenleben fördern will.

4.1.1 Haus-Ordnungen: das Zusammenleben regeln

Kollektive Regeln dienen im Nachbarschaftskontext als ein »Übereinkunftsrahmen« (Klös 1997, 25), der dazu beitragen soll, Konfliktpotentiale zu reduzieren. Die Hausordnungen, die von EigentümerInnen oder Verwaltungen verfasst werden, liegen jedem Mietvertrag bei und sind als Anschläge bei den Hauseingängen, in den Fahrstühlen oder an anderen neuralgischen Standorten angebracht. Sie decken die typischen Themen ab, die zu Störungen und Nachbarschaftskonflikten führen können.

Geregelt wird etwa – meist mit Bezug auf die lokalen Lärmschutzreglemente – die Zeiten der einzuhaltenden Nacht- und Mittagsruhe. Die Verwaltungen bestimmen teilweise sehr präzise, welche Lärmquellen zu welchen Zeiten zu vermeiden sind.¹ Der Regelungsbedarf konzentriert sich auf gemeinsam genutzte Räume inner- und außerhalb der Häuser sowie insbesondere auf die Übergangsräume. Es gehört zur Eigenheit eines jeden Übergangsraums uneindeutig zu sein, zwischen zwei Strukturen (innen/außen; privat/öffentlich) zu oszillieren und dabei weder den Regeln der einen noch der anderen Struktur zuzugehören (vgl. etwa Rolshoven 2003a, 8ff; Turner 1967, 93ff). In diesem Sinn geht es bei den, in den Hausordnungen festgehaltenen, normativen Setzungen zu den Eingangs- und Zwischenräumen um das Vermeiden von Störpotentialen angesichts von Mehrdeutigkeiten. Die individuelle Aneignung und Lagerung von persönlichen Gegenständen vor den Wohnungstüren oder in den Treppenhäusern wird je nach Verwaltung unterschiedlich geregelt.² In den Treppenhäusern und halböffentlichen Räumen der Häuser gilt außerdem ein generelles Rauchverbot. Ebenso gibt es Regeln für die Nutzung der privaten Außenräume. So ist beispielsweise das Herunterwerfen von Gegenständen, das Ausschütten von Tischdecken, Teppichen oder Besen von den Balkonen verboten und Blumenkisten dürfen nur an der Innenseite der Balkongeländer angebracht werden. Außerdem werden die BewohnerInnen gemahnt, keine Vögel zu füttern und beim Grillen auf die NachbarInnen Rücksicht zu nehmen. Auch bei den Verbindungswegen in den Siedlungsaußenräumen bestehen Ordnungsprinzipien. Anschläge bitten darum, den Abfall an der richtigen Stelle zu entsorgen. In der Telli leuchten einen Fahrradverbote entgegen, für Kinderräder gibt es eine Ausnahme. Hunde dürfen auf den Siedlungsarealen nur an der Leine geführt werden. Die Spielorte sind ebenfalls vordefiniert, beispielsweise darf nicht in den Autogaragen Fahrrad gefahren oder direkt unter den Häusern Fußball gespielt werden. Auch sind die Treppenhäuser,

1 Ab 21 Uhr darf beispielsweise in der Telli nicht mehr musiziert und ab 22 Uhr kein Geschirrspüler mehr benutzt werden. Vgl. Wincasa: Hausordnung vom Januar 2005 (Aushang im Fahrstuhl).

2 Vgl. Kap. III 1.2.1

Eingangsbereiche und Korridore nicht als Spielorte vorgesehen, werden von den Kindern – gerade in Unteraffoltern II – aber dennoch als solche genutzt.³

Zum nachbarschaftlichen Zusammenleben gehört immer auch die Organisation von Ordnungsprinzipien. In einer Großüberbauung sind die Reglementierungen relativ engmaschig definiert. Die Anschläge und Schilder sind omnipräsent. Einige der befragten BewohnerInnen stören sich daran:

»Die Hausordnung [...] ist zum Teil schon fast aufdringlich. Im Lift sind drei Anschläge und zwei Zeichen, dass man nicht rauchen darf – wie wenn einmal nicht genügen würde. Das ist etwas, was dazugehört, aber das müsste nicht sein [...] diese Dinge, die einem wirklich penetrant ins Auge stechen. Eigentlich sollte dies doch bis zu einem gewissen Grad selbstverständlich sein.«⁴

Der Wunsch nach einer freieren, selbstverantwortlich orientierten Ordnungsstruktur zeigt sich bei anderen BewohnerInnen in der Strategie, die offiziellen Informationstafeln zu ignorieren: »Ich kenne diese Hausordnung nicht«⁵, meint etwa ein älterer, langjähriger Bewohner und fügt an, dass er es besser finde, ein anfallendes Problem direkt untereinander zu regeln. Die normative Setzung und die alltägliche Praxis stehen in einer Diskrepanz zueinander. Zwischen der schriftlich festgehaltenen Hausordnung und deren alltäglichen Anwendung liegt ein Interpretations- und Handlungsspielraum, der unterschiedlich ausgelegt und praktiziert werden kann. Auch wenn es relativ viele Regeln gebe, so der Konsens bei allen Bewohnerinterviews, fühlten sie sich dadurch in ihrem Alltag nicht eingeschränkt. Junge BewohnerInnen einer WG erklären sich dies mit einer gewissen Toleranzgrenze, die sie bei Regelüberschreitungen beobachten.⁶ Der in den Hausordnungen festgehaltenen Reglementierung wird im alltäglichen Zusammenleben meist mit einer lockeren und unkomplizierten Grundhaltung begegnet.

Eine grundlegende Ablehnung gegen die Hausordnung wird von niemandem artikuliert. Vielmehr erscheinen die Regeln als logische Selbstverständlichkeiten, die nicht hinterfragt werden und über die man sich erst bei Störungen Gedanken macht. »Eine Regel des Alltags ist es offensichtlich, Regeln nicht zu reflektieren« (Abels 2009, 99). Nach Garfinkel ist die Herstellung von Ordnung ein grundmenschliches Bedürfnis, das Sicherheit im Alltag schafft. Hierzu sind neben den zwingenden –

3 Vgl. Kap. III 3.1.

4 Interview I, UAII, 01:44:25.

5 Interview I, Telli, 01:38:04.

6 »Es ist schon stark reglementiert hier, aber wenn man sich nicht daran hält, dann hat das erst mal keine Konsequenzen [...] und ich habe das Gefühl, es halten sich lange nicht alle an die Regeln.« (Interview V, Telli, 00:24:13)

beispielsweise in einer Hausordnung festgehaltenen – Regeln, insbesondere auch die unausgesprochenen und unreflektierten Erwartungen und Konventionen – alles, was als üblich oder normal gilt – bedeutsam (vgl. ebd.). Im Nachbarschaftskontext können diesbezüglich auch informelle Regeln ausgemacht werden, die ohne dass sie von einer Verwaltung bestimmt oder schriftlich festgehalten worden wären, implizit als kollektives Wissen geteilt werden und sich im Laufe der Zeit bzw. mit neuen Mieter-Konstellationen auch ändern können. Ein Beispiel:

»Wenn die Waschmaschine 15 Minuten nach Beginn der Reservationszeit noch nicht benutzt worden ist, kann sie jemand anderes nutzen, das ist so ein Punkt, den gewisse Mieter einfach eingeführt haben, ohne, dass er jetzt in der Hausordnung vermerkt ist.«⁷

Dass Regeln und Normen im Nachbarschaftsverhalten einen unterschiedlich verpflichtenden Charakter haben, hat der Soziologe Bernd Hamm beschrieben. In seiner Terminologie entsprechen informelle Regeln einer Kann-Erwartung, die einen weniger bindenden und verpflichtenden Charakter hat als Muss- oder Soll-Erwartungen, die sich auf grundlegende Anforderungen, wie die Einhaltung der Hausordnung beziehen (Hamm 1998, 174). Die Unterscheidung zwischen einer formellen und einer informellen Ebene lässt sich auch bezüglich der Einhaltung von Regeln beobachten. So können die nachbarschaftlichen Ordnungsprinzipien sowohl über formelle Regulationen, wie Beschwerden und gegebenenfalls Sanktionsandrohungen seitens der Verwaltungen eingefordert werden. Sie können aber auch über informelle Normierungsmechanismen wie nachbarschaftlichen Klatsch und Tratsch im Treppenhaus oder der Grußverweigerung zum Ausdruck kommen.

Eine besondere Situation stellt sich in den Häusern der WohnungseigentümerInnen in der Telli dar. Hier bestimmt keine Verwaltung die Hausordnung, sondern die Regeln werden von den EigentümerInnen selbst ausgehandelt. Die befragten EigentümerInnen schätzen, dass ihnen Regeln nicht einfach aufoktroziert werden: »Wenn es irgendein Problem gibt, dann sucht man zusammen eine Lösung und dann hat es auch eine größere Akzeptanz. Denn überall wo man mitwirken kann, dort fühlt man sich auch mehr verbunden damit.«⁸

Die Erkenntnis, dass partizipative Aushandlungsprozesse mehr bringen als von oben bestimmte Anordnungen, prägt auch das Verwaltungsverständnis beim Isengrund. In den zweimal jährlich stattfindenden Siedlungsforen diskutieren die Bewirtschafterin, Sozialarbeiterin und der Hauswart der Liegenschaftenverwaltung mit den in den Siedlungsgremien aktiven BewohnerInnen über aktuelle Probleme und

7 Interview I, UAII, 01:44:25.

8 Interview II, Telli, 01:23:38.

Themen, hinsichtlich denen es Regelungsbedarf gibt.⁹ Diese Praxis ermöglicht es auch, Regeln auszuarbeiten, die auf die Bedürfnisse der Bewohnerschaft Bezug nehmen und die zugleich je nach aktueller Situation in einem Haus anpassbar und veränderbar sind.

4.1.2 Administrative Praxis: Nachbarschaften verwalten

Die Hausbiografien verdeutlichen, dass sich die Art und Weise wie eine Siedlung verwaltet wird je nach Eigentümerstruktur unterscheidet.¹⁰ Während Unteraffoltern II einer Eigentümerin gehört, haben sich die EigentümerInnen in der Telli – die ihre Liegenschaften alle von einem anderen Immobilienbewirtschaftungsunternehmen verwalten lassen –, im Laufe der Jahre immer mehr ausdifferenziert. Mit ihrer spezifischen Praxis gestalten die Verwaltungen das Zusammenleben in den Häusern mit. Sie verwalten gewissermaßen Nachbarschaften. Eine wichtige Rolle spielen zum einen die angewandten Belegungsrichtlinien bzw. die Praxis der Vergabe von Wohnungen, die sich auf die Zusammensetzung der Bewohnerschaft in den Siedlungen auswirken.¹¹ Zum anderen kann beobachtet werden, wie sich die Verwaltungen auch auf mehr oder weniger aktive Weise in das Gefüge und die Dynamik nachbarschaftlicher Verbindungen einbringen. Dabei sind nicht nur unterschiedliche Zugänge hinsichtlich der Aufstellung von Hausordnungen und der Intervention bei Konfliktsituationen, sondern auch hinsichtlich der Förderung gemeinschaftlicher Aktivitäten festzustellen. Genossenschaftliche und private (Stockwerk-)Eigentumsformen gewährleisten den BewohnerInnen in der Regel mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten, als es professionelle Liegenschaftenverwaltungen (im Auftrag von institutionellen Anlegern oder Kommunen) tun. Umgekehrt sind je mehr AkteurInnen mitentscheiden können, Neuerungen – und so auch die Schaffung oder Erneuerung gemeinschaftlicher Einrichtungen – schwieriger umzusetzen, als bei Strukturen, bei denen eine Verwaltung in Absprache mit dem Eigentümer im Top-down-Verfahren bestimmt, welche Maßnahmen ergriffen und welche unterlassen werden sollen.

Im Vergleich der städtischen Liegenschaftenverwaltung im Isengrind und des privaten Immobilienbewirtschaftungsunternehmens, das zwei Wohnzeilen in der Telli verwaltet, lassen sich sowohl Unterschiede in der administrativen Praxis und Mieterbetreuung als auch in der Gewichtung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens ausmachen. Die private Verwaltung ist im Vergleich zur städtischen distan-

9 Vgl. auch Kap. III 4.1.3.

10 Vgl. Kap. II 2.5 und 3.4.

11 Vgl. ausführlicher Kap. II 2.4.4 und 3.3.1.

zierter im Umgang mit den MieterInnen.¹² Bei Beschwerden oder Konfliktsituationen unter NachbarInnen erfolgt die Kommunikation der privaten Verwaltung in der Regel schriftlich über Briefe und Anschläge in den Häusern, in denen auf die Hausordnung verwiesen und teils auch Sanktionsandrohungen formuliert werden. Ansprechpersonen vor Ort sind die hauptamtlich arbeitenden Hauswarte. Die Förderung guter Nachbarschaften wird anderen Akteuren überlassen: »Das GZ und der Quartierverein [...] schauen eigentlich gut für das Soziale.«¹³ Im Unterschied dazu ist die städtische Liegenschaftenverwaltung in Unteraffoltern II sehr präsent und geht direkt auf die BewohnerInnen zu. Falls sich Probleme oder Konflikte in der Nachbarschaft anbahnen, interveniert die Bewirtschafterin. Sie geht auch mal vor Ort, um mit den involvierten Personen zu reden, oder bezieht die verwaltungsinterne Sozialarbeiterin mit ein, die seit Jahren in der Siedlung tätig ist. Als Pulsmesser vor Ort spielt der vollamtlich angestellte Hauswart eine wichtige Rolle. Diese Praxis liegt auch in der Geschichte der Siedlung begründet.¹⁴

Die Organisationsformen und Verwaltungspraktiken unterscheiden sich demnach hinsichtlich ihrer Gewichtung, aber auch der Art sozialer Interventionen deutlich. Während die private Verwaltung in der Telli auf einen Zugang setzt, der sich sozialen Fragen in der Siedlung größtenteils enthält, nimmt die städtische Verwaltung in Unteraffoltern II eine viel aktivere Rolle ein, die in nachbarschaftliche Dynamiken eingreift und diese somit auch mitgestaltet.

Neben diesen Unterschieden sind auch Ähnlichkeiten bei den Verwaltungen auszumachen. Diese zeigen sich hinsichtlich ihrer regulierenden bzw. normierenden Praktiken. Dazu gehören etwa die konsequente Nutzung und das Einfordern der deutschen Sprache in der Kommunikation auch mit fremdsprachigen BewohnerInnen. Die Mitteilungen an die Mieterschaft werden in einer Amtssprache vermittelt, die für einen Teil der Fremdsprachigen schwer verständlich ist. Während das GZ deshalb bewusst mit ÜbersetzerInnen bzw. KulturvermittlerInnen – d.h. BewohnerInnen derselben Herkunftsregion, die schon lange der Schweiz leben –, arbeitet, um ihre Anliegen und ihr Angebot für alle verständlich zu machen, gilt für die Verwaltungen das Credo, dass sich alle BewohnerInnen an die deutsche Sprache anzupassen haben.

Ebenso verwenden beide Verwaltungen an neuralgischen Standorten zu Kontrollzwecken Videokameras. Für die Hauswarte ist die Videoüberwachung als Instrument zur Kontrolle nur begrenzt wirkungsvoll, weil unter der Bewohnerschaft bekannt ist, wo die Kameras angebracht sind und die Regelüberschreitungen des-

12 Vgl. ausführlicher Kap. II 3.4.3 und 3.4.4

13 Gruppeninterview Wincasa, 01:28:01.

14 Vgl. Ausführlicher Kap. II 2.5.

halb meist in den »blinden« Ecken geschehen würden.¹⁵ Dies mag auch ein Grund dafür sein, warum in den Bewohnerinterviews die Kontrollpraxis über die Videoüberwachung kaum in Frage gestellt wird, wobei ebenfalls auf deren begrenzte Wirksamkeit hingewiesen wird.¹⁶

4.1.3 Sozial- und Gemeinwesenarbeit in den Siedlungen

In beiden untersuchten Überbauungen gibt es eine sozialräumlich orientierte Sozialarbeit bzw. Gemeinwesenarbeit, deren Angebote unter anderem auch gezielt auf nachbarschaftliche Vernetzungen und Aktivitäten abzielen. In der Telli stellt das GZ seit den Anfängen ein vielseitiges Freizeit- und Unterstützungsangebot für die Bewohnerschaft bereit, um das soziale Leben und Begegnungen im Quartier zu fördern. Im Isengrind ist seit den 1990er-Jahren eine verwaltungsinterne Sozial- und Gemeinwesenarbeit tätig. Ihre Aufgaben verteilen sich auf zwei Pfeiler: Zum einen interveniert die Sozialarbeiterin bei Hinweisen auf Nachbarschaftskonflikte, soziale Probleme oder familiäre Belastungs- oder Gewaltsituationen. Zum anderen koordiniert sie diverse Siedlungsaktivitäten und unterstützt das Engagement von Bewohnergruppen. Die Intervention der Verwaltung in der Nachbarschaft wird auch mit der Geschichte der Siedlung begründet und legitimiert. So ist in einer Medienmitteilung aus dem Jahr 2004 zu lesen:

»Unteraffoltern II ist inzwischen ein Ort für soziale Innovationen geworden. Das Gemeinschaftsleben ist deutlich gestärkt worden. In keiner anderen Siedlung drohte das soziale Leben so stark auseinanderzufallen wie in Unteraffoltern II vor der großen Außen-Renovation 1995/96. In keiner anderen Siedlung der Stadt wird heute in so hohem Maß Gemeinschaft gepflegt wie gerade hier.«¹⁷

Ausgehend von Impulsen der Verwaltung, haben sich im Isengrind im Laufe der Jahre verschiedene institutionalisierte Gruppierungen in der Nachbarschaft herausgebildet. Diese Gruppen sind nicht statisch, sondern haben einen teils beständigen, teils aber auch sehr flüchtigen Charakter – und verändern sich je nach Nachfrage und je nach Praxis der involvierten BewohnerInnen.

15 Vgl. Gruppeninterview Wincasa, 01:19:25 oder Gruppeninterview LVZ UAII, 01:22:40.

16 Vgl. Interview II, UAII, 01:34:42 oder Interview IV, Telli, 00:41:14.

17 LVZA UAII, LVZ: »Wie das Gemeinschaftsleben gestärkt wird«, Medienmappe zu Unteraffoltern II, 28.5.2004.

Sie orientieren sich entweder an bestimmten Bewohnergruppen (wie Kinder oder Senioren) oder zielen auf die Verwaltung von gemeinsam genutzten Räumen ab.¹⁸

Es ist anzunehmen, dass sich die Gruppen ohne die Intervention der Verwaltung erst gar nicht gebildet, und/oder viel weniger lange bestanden hätten. Ein wichtiges Gremium zur Stärkung des Siedlungsvereins und der Koordination der aktiven Gruppen ist das seit den 1990er-Jahren zweimal jährlich von der Verwaltung organisierte Siedlungsforum. Anlässlich dessen treffen sich BewohnerInnen, die in Freiwilligenarbeit etwas für die Nachbarschaft tun, mit dem Verwaltungs-Team, um sich über aktuelle Themen oder Probleme auszutauschen. Wie ich bei der Teilnahme an einem Siedlungsforum beobachten konnte, geht die Leitung dieser Veranstaltung von der Verwaltung aus. Sie setzt die Diskussionspunkte, nimmt die Anliegen aus der Bewohnerschaft auf, sucht pragmatisch nach Ideen und Umsetzungslösungen, heißt Anträge gut (bzw. begründet deren Ablehnung), verweist auf die geltenden Regeln, aber entschuldigt sich auch für Fehler oder Versäumes. Durch diese verschiedenen Tätigkeiten nimmt sie eine Rolle ein, die sich zwischen dem Bestimmen von Regeln und der Steuerung von Partizipationsprozessen bewegt. Dabei greifen die Mitarbeitenden der Verwaltung auch auf Organisationsformen (wie Arbeitsgruppen, Kommissionen, Foren) und auf Instrumente (Sitzungen, Besprechungen, Vereinbarungen) zurück, die sie aus ihrem administrativen Arbeitsalltag gewohnt sind. Einmal pro Jahr lädt die Verwaltung alle Freiwilligen der Siedlung zu einem Helferessen ein. Ebenso entlohnt sie Freiwillige, die unliebsame Arbeiten für die Nachbarschaft wie die Reinigung der Gemeinschaftsräume übernehmen, auch mit finanziellen Beiträgen. Mit diesen verschiedenen Maßnahmen geht es darum, Wertschätzung zu demonstrieren, was, wie die Sozialarbeiterin im Interview ausführt, zu einem über die Jahre gewachsenen Vertrauen beigetragen und von anfänglichen Konflikten hin zu einem »guten Miteinander« geführt hat.¹⁹

Bei der Förderung der verschiedenen Siedlungsaktivitäten und -gruppierungen geht es der Gemeinwesenarbeit letztlich immer auch darum, die BewohnerInnen miteinander in Kontakt zu bringen. Hierzu initiierte die Verwaltung im Rahmen der Erneuerung der Siedlung das sogenannte »Kontaktpersonen-Projekt«. Die Idee dahinter ist, dass neuzuziehende BewohnerInnen von einer Nachbarin oder einem

18 Aktiv sind etwa Gruppen für die Siedlungsgärten, den Gemeinschaftsraum, Jugendraum, zur Kinderbetreuung sowie Deutschkonversation von Frauen. Im Laufe der Jahre gebildet und wieder aufgelöst haben sich u.a. ein Seniorentreff oder eine Holzwerkstatt. Vgl. Gruppeninterview LVZ UAII, 00:13:06.

19 »Am Anfang war der Siedlungsverein so etwas gegen die Verwaltung. Es war immer eher ein Kampf und ein Gegeneinander und da mussten wir ziemlich daran arbeiten. Und über die Jahre hat sich das nun entwickelt zu einem wirklich guten Miteinander« (Gruppeninterview LVZ UAII, 00:15:45).

Nachbarn, die schon länger da wohnen, über bestehende soziale Netze und Angebote sowie über geltende Regeln im Haus informiert werden. Die Kontaktpersonen fungieren – im Auftrag der Verwaltung – demnach sowohl als PartnerInnen für alltägliche Begegnungs- und Unterstützungsmöglichkeiten als auch als VermittlerInnen von Regeln und Normen im Haus. Daraus lässt sich schließen: Wenn die Gemeinwesenarbeit durch eine Instanz organisiert wird, die zugleich auch den administrativen Auftrag der Durchsetzung von Ordnung in den Häusern innehat, geht die Organisation und Koordination von solidarischen Nachbarschaftsnetzen auch mit Normierung und Kontrolle einher.

Das GZ hat in der Telli-Überbauung ebenfalls ein Projekt lanciert, in dem Neu-zuziehende von anderen BewohnerInnen willkommen geheißen und über die Angebote im Quartier informiert werden. Durch den Erstkontakt über Personen derselben Muttersprache ging es dem GZ in erster Linie darum, die Partizipation von Menschen aus anderen Herkunftsländern an den Aktivitäten und Projekten im Quartier zu fördern. Eines der zentralen Anliegen der Gemeinwesenarbeit in der Telli ist es, bestehende und sich neu bildende nachbarschaftliche Netze zu nutzen, um Verbindungen zwischen verschiedenen Menschen bzw. *communities* im Quartier zu schaffen.²⁰ So bietet z.B. der tamilische Verein nun einen Yogakurs an, der allen offen steht.²¹

Wenn es in den Interviews mit BewohnerInnen um das Wohnen in der Telli geht, wird immer wieder auf das GZ verwiesen. Im Allgemeinen besteht Konsens darüber, dass das GZ viel für ein lebendiges Zusammenleben mache. Das Angebot wird dabei meist auch personenbezogen in Zusammenhang mit der Arbeit des GZ-Leiters und dessen Team dargelegt. So meinen etwa junge Erwachsene, die in der Telli aufgewachsen sind: »Man kann immer zu ihm gehen mit einem Anliegen und er kümmert sich darum.«²² Die vom GZ-Team organisierten Initiativen und Projekte schaffen quartierübergreifende Berührungspunkte. Aktiviert werden müssen die Verbindungen jedoch von den BewohnerInnen selbst. Als treibende Kraft für das soziale Leben im Quartier geht es dem GZ immer auch darum, in und mit den bestehenden Strukturen und Menschen im Quartier neue Initiativen aufzugreifen und umzusetzen. Dies macht eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichen, teils auch kontrovers zueinanderstehenden, Interessen erforderlich und bedingt auch, über den Tellerrand von Siedlung und Quartier hinaus zu schauen. So vernetzt sich der GZ-Leiter bewusst mit Verwaltungen und städtischen Behörden und versucht bei Bedarf Einfluss auf deren Protokoll zu nehmen oder eckt auch mal an, um für ein Anliegen der Telli zu kämpfen. Im Unterschied zu Unteraffoltern II steht die Gemein-

20 Vgl. ausführlicher Kap. 3.3.3

21 Vgl. Gruppeninterview GZ Telli, 01:12:42.

22 Interview IV, Telli, 01:14:25.

wesenarbeit in der Telli außerhalb einer administrativen oder behördlichen Organisation und kann dadurch auch eine anwaltschaftliche Rolle für das Quartier einnehmen, ohne der Wohnbevölkerung gegenüber zugleich eine kontrollierende oder normierende Funktion auszuüben, wie dies der Fall ist, wenn die Verwaltung selbst sozialarbeiterisch tätig ist.

Die Angebote der Gemeinwesenarbeit sehen sich generell vor die Herausforderung gestellt, immer wieder mit Sparmaßnahmen, Unsicherheiten oder einer wenig visionären Politik konfrontiert zu sein. Der GZ-Leiter legt etwa dar, dass durch die bestehenden finanzpolitischen Optimierungszwänge die Gefahr besteht, dass alle Angebote, die mit *hard facts* nur schwer messbar sind, wie sie von Kulturbereich oder Gemeinwesenarbeit generiert werden, weggespарт werden.²³ Für Sozial- und GemeinwesenarbeiterInnen, die in Siedlungen und Quartieren tätig, und von öffentlichen Geldern abhängig sind, gilt es, ihre Tätigkeiten immer wieder legitimieren zu müssen. Ihre Initiativen und Projekte gehen von dem Ziel eines solidarischen und friedlichen Zusammenlebens aus. Es geht darum, Voraussetzungen zu schaffen, die es den BewohnerInnen ermöglichen im Nachbarschaftskontext Freizeitaktivitäten und Begegnungen mit anderen leben zu können, um so auch gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Im sozialarbeiterischen Fachdiskurs hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Partizipation immer eines Bedarfs bzw. Auslösers, aber auch einer koordinierenden Instanz bedarf, die zwischen verschiedenen und auch divergierenden Interessen moderiert und Menschen miteinander vernetzt (vgl. etwa Hinte 2004; Lüttringhaus 2004). Um das Risiko zu vermeiden in Interessenskonflikte verstrickt zu werden und die Spannungen als produktive Kräfte nutzen zu können, bedarf es einer integrativen Instanz. Die sozialen Interventionen der Gemeinwesenarbeit sind dabei immer auch abhängig von den zuständigen Fachpersonen, aber auch von deren institutionellem Auftrag und Handlungsspielräumen. So macht es einen Unterschied, ob die Gemeinwesenarbeit in einer Siedlung nur eine projektorientierte Basis hat oder längerfristig planen kann. Die Stadtforscherin Jane Jacobs schreibt den AkteurInnen, die Beziehungen zwischen verschiedenen Menschen und Gruppierungen über bestehende sozialräumliche Grenzen hinaus schaffen, eine besondere Bedeutung bei der Entstehung lebendiger Stadtbezirke und *neighborhoods* zu. Sie hebt hierzu die Relevanz der Zeit hervor, die notwendig ist, um diese Beziehungen aufbauen und pflegen zu können (Jacobs 2011 (1961), 175). Diese Beobachtung, wel-

23 So der GZ-Leiter: »Ich will zuerst über Inhalte diskutieren und da fehlt für mich die Bereitschaft von der Politik, zu sagen [...] zuerst schauen wir, was wir wollen. Da weigert man sich und gibt Aufträge raus [...] zum Sparen und zum Indikatoren aufstellen und messen, messen, messen. Ich kann messen, aber die Frage ist doch, was ich für eine Aussage machen kann, wenn ich messe. Komme ich dann der Wirklichkeit irgendwie näher oder nicht?« (Gruppeninterview GZ Telli, 01:54:47).

che Jacobs mit Bezug auf US-amerikanische Großstädte der 1960er-Jahre festhielt, lässt sich auch auf die untersuchte Thematik übertragen. GemeinwesenarbeiterInnen können vernetzende Schlüsselfiguren sein, die in der Vermittlung zwischen Mikroebene einer Nachbarschaft und einem breiteren städtischen Kontext festgefahrene Strukturen erneuern und in die Zukunft weitertragen können.

4.2 GESELLIGKEIT ORGANISIEREN

Die Angebote der Gemeinwesenarbeit funktionieren nur, wenn sie von der Wohnbevölkerung mitgetragen werden. Ob es selbstorganisierte Angebote gibt und wie lange diese bestehen, geht ebenfalls auf die Bereitschaft zurück, sich für kollektive Anliegen zu engagieren. Die Angebote sind abhängig von BewohnerInnen, die sie nutzen und daran teilnehmen oder die eigens nachbarschaftliche Aktivitäten aufbauen und organisieren – und bereit sind, Zeit und Freiwilligenarbeit dafür einzusetzen. Kurz: Sie sind sowohl auf »konsumierende« (vgl. Menzl et al. 2011, 62f; 101) als auch auf initiative Menschen angewiesen.

4.2.1 Engagement für die Nachbarschaft

In beiden Siedlungen gibt es BewohnerInnen, die zu bestimmten Themen oder Anlässen aktiv werden. Die Formen des selbstorganisierten nachbarschaftlichen Engagements können dabei unterschiedlichen Vernetzungszielen folgen. Menzl et al. unterscheiden – mit Bezug auf netzwerktheoretische Ansätze (u.a. Diller 2002) – zwischen nachbarschaftlichen Vernetzungen, die »als Zweckgemeinschaften zur Erreichung bestimmter Ziele gegründet wurden« und anderen, für die »die Vernetzung selbst das Ziel ist« (Menzl et al. 2011, 102). Bei den von den BewohnerInnen der zwei Hochhausüberbauungen organisierten »Treffe« oder Siedlungs- bzw. Quartierfesten geht es um ungezwungene Möglichkeiten für Austausch und Vernetzung, während die verschiedenen Nachbarschaftsgruppen jeweils einen klar definierten, spezifischen Zweck verfolgen. Letzteres gilt auch für die Siedlungs- und Quartiervereine, die sich zum Ziel setzen, die Interessen der Wohnbevölkerung zu vertreten sowie mit diversen Aktivitäten Sozialkontakte zu fördern und zu Geselligkeit beizutragen.²⁴ Da eine Mitgliedschaft Vorteile wie Vergünstigungen bei der Miete von Gemeinschaftsräumen bietet, verfügen sowohl der Siedlungsverein im Isengrind als auch der Quartierverein Tellli über viele Passiv- und nur wenige Aktivmitglieder.

24 Vgl. LVZA UAII, Siedlungsverein Fronwald/Isengrind: Statuten, Zürich, 4.4.1997 sowie Quartierverein Tellli: Statuten vom 25.2.2009, online abrufbar unter: <https://www.qv-telli.ch/pdf/statuten.pdf>

Die Aktionen von BewohnerInnen, die sich für die Nachbarschaft einsetzen, haben ohne die Stärkung der Gemeinwesenarbeit meist einen losen und flüchtigen Charakter. Das Engagement für nachbarschaftliche Treffen oder gesellige Anlässe ist, wie aus der folgenden Aussage einer Bewohnerin hervorgeht, meist an die Position einer Person in einer Gruppe gebunden:²⁵ »Es gibt verschiedene Sachen wie den Bazar oder die Deutschkonversation [...], aber wenn man keine Funktion in der Gruppe hat, ist man weniger drin.«²⁶ Nicht alle haben Interesse sich am organisierten Quartierleben zu beteiligen oder fühlen sich von den Einladungen und Angeboten angesprochen. Dies kann sich auch je nach Lebenssituation ändern. So erzählt etwa ein älteres Ehepaar, dass sie sich früher in der Familien- und Berufsphase mehr für nachbarschaftliche Aktivitäten engagiert hätten. Heute schätzten sie die Möglichkeit freier über die Gestaltung sozialer Kontakte zu entscheiden und auch die Freiheit, sich mehr zurückziehen zu können.²⁷ Und ein junger Erwachsener meint: »Wenn man die Tellizeitung anschaut, dann gibt es Veranstaltungen wie Altersturnen oder ein Jassclub oder Kindertreff [...], nichts was mich jetzt gleich begeistert halt.«²⁸

Für diejenigen, die sich für gesellige Begegnungen mit ihren NachbarInnen einsetzen, ist die geringe Resonanz, auf die ihre teilweise Arbeit stößt, frustrierend, wie eine Aktivistin des Siedlungsvereins ausführt:

»Wir haben so viele Ideen, aber das Problem ist, dass wir oft viel Zeit zum Organisieren investieren und dann kommen ganz wenige Leute. Und das ist schade. Wir haben zum Beispiel einen Apéro gemacht, damit die Leute sich kennenlernen können und ich habe Kuchen gebacken und wir haben alles schön vorbereitet [...] und Flyer gemacht und in den Eingängen und im Quartier aufgehängt und in jedem Briefkasten verteilt, und das gibt so viel Arbeit [...] aber viele werfen die Einladungen gleich weg und schauen diese nicht einmal genau an.«²⁹

Zugleich beschreiben die befragten Personen, die sich aktiv in Siedlungsgremien einbringen, ihre Freiwilligenarbeit aber auch als sinnstiftende Tätigkeit. Die Freiwilligenarbeit bringt ihnen nicht nur Anerkennung, sondern auch Steuerungs- und

25 Vgl. Kap. III 4.1.3.

26 Interview II, UAII, 01:15:39. Der hier angesprochene Bazar ist ein Kunsthandwerk- und Delikatessenmarkt, der auf die Initiative einer Bewohnerin zurückgeht und von ihr organisiert wird. Der Bazar findet jeweils vor Ostern und Weihnachten im Gemeinschaftsraum des Isengrind statt. BewohnerInnen haben die Möglichkeit, selbstgemachte Produkte zu verkaufen.

27 Interview I, Telli, 01:36:39.

28 Interview V, Telli, 00:43:30.

29 Interview III, UAII 01:17:01.

Einflussmöglichkeiten. Beispielsweise ist die Bewohnerin, die im Isengrund die Verwaltung und Schlüsselübergabe des Gemeinschaftsraums managt, eine unabdingbar zu passierende Schaltstelle für alle Veranstaltungen, die hier stattfinden. Das freiwillige Engagement und der Austausch mit NachbarInnen, die sich durch ihre Tätigkeit ergeben, erweitern ihr soziales Netz und bringen ihr dadurch auch eine gewisse Machtposition innerhalb der Bewohnerschaft. Das Engagement für organisierte Nachbarschaftsaktivitäten erfordert von den Beteiligten zeitliche, organisatorische und soziale Ressourcen und ist insbesondere für Personen bedeutungsvoll, die im Alltag eng mit dem lokalen Nahraum verbunden sind (vgl. Hamm 1973, 77; Bauman 2012, 81). Durch die Pflege von Face-to-Face-Kontakten im unmittelbaren Wohnumfeld ist diese Art des Engagements auch für Menschen attraktiv, die – neben oder außerhalb neuer Kommunikationsmittel – traditionelle Vernetzungsformen pflegen wollen. So meint etwa die oben zitierte Bewohnerin: »Ich habe keinen Computer und kenne das Internet nicht und oft habe ich das Gefühl, ich bin nichts mehr [...], aber hier ist das anders.«³⁰

4.2.2 Desinteresse und Gemeinschaftsideale

Generell wird in den Interviews auf ein schwindendes Interesse an Partizipation und Freiwilligenarbeit für Siedlungsaktivitäten und Feste hingewiesen. Die hohen Belastungen im Arbeits- und Familienleben werden verschiedentlich als Begründung für das Desinteresse genannt.³¹ Wer beruflich stark eingebunden ist und wer eventuell zugleich Kinder großzieht, hat kaum Zeit und Kapazitäten, sich auch noch für organisierte Nachbarschaftsgruppen oder -vereine einzusetzen. Auch wer keiner Erwerbstätigkeit nachgeht, sich aber im Alltag mit gesundheitlichen oder psychosozialen Belastungen auseinanderzusetzen hat, »hat gar nicht die Kraft, sich zu engagieren.«³²

Das konstatierte zunehmende Desinteresse lässt sich aber auch mit gesellschaftlichen Entwicklungen wie der Pluralisierung und Individualisierung der Lebensstile erklären (vgl. etwa Schnur 2012, 449f). Denn die Organisation von Geselligkeit und Zusammensein sieht sich bei einer zunehmend heterogener werdenden Bevölkerung vor neue Herausforderungen gestellt. Mit dem Wandel der Bewohnerstruktur – und der damit einhergehenden Ausdifferenzierung der kulturellen Erfahrungsbestände – gerät auch die Siedlungskultur, wie sie über Jahre von den nunmehr Alteingesessenen für die Nachbarschaft imaginiert und organisiert worden ist in Bedrängnis.³³ In

30 Interview III, UAII, 01:54:22.

31 So z.B. Gruppeninterview LVZ UAII, 01:42:30.

32 Ebd., 01:08:04.

33 Vgl. Kap. III 5.1.

ihrem Reden über das abnehmende Interesse an Siedlungsaktivitäten eröffnet sich ein Graben in der Zuschreibung zwischen einem ›Wir, die am Siedlungsleben interessiert sind‹ und ›den Anderen, die nicht mitmachen‹. Dieser Graben wird durch den Anspruch nach Partizipation paradoxerweise verstärkt, indem diejenigen, die nicht partizipieren, zum Problem deklariert werden. Nicht berücksichtigt wird dabei häufig, wie die Wohnbevölkerung in den organisierten Nachbarschaftsgruppen repräsentiert wird. So waren in den Vorständen der Siedlungs- bzw. Quartiervereine lange in erster Linie etablierte BewohnerInnen vertreten. Ein jüngerer Telli-Bewohner, der eine Weile im Quartierverein aktiv war, sich dann aber ernüchtert zurückgezogen hat, führt aus:

»Im Quartierverein waren primär ältere Schweizer, die sich sehr gut kennen [...] und einfach von der Mentalität her gerne alles so machen und lassen, wie es immer schon gewesen ist, die nichts Neues haben wollen und nicht offen sind.«³⁴

Diese konservative Mentalität wirkte einschränkend auf den Bewohner, der neue Initiativen aufgreifen wollte, aber von den bestehenden, als träg, spießig und unbeweglich wahrgenommenen, Strukturen ausgebremst wurde. Er erinnert sich an eine Situation Mitte der 2000er-Jahre:

»Ich bin da mit sehr vielen Vorstellungen und Ideen in den Quartierverein hineingegangen, die ich aber nicht umsetzen konnte und es war auch ein bisschen konfliktgeladen. Und dann bin ich gegangen [...] und der Hauptdämpfer war für mich, dass das Tellifest immer nur die Schweizer angesprochen hat. Meine Vorstellung, und da bin ich nicht alleine gewesen, wäre gewesen, dass man dies eben ausweitet für die ganze hiesige Bevölkerung und auch mit den verschiedenen Kulturen hier etwas macht und nicht nur [...] Würste und Brot und Bier anbietet.«³⁵

Nachdem die Versuche des Bewohners, die Geselligkeits- und Festkultur im Quartierverein zu erneuern, gescheitert waren, nahm sich das GZ dieser Idee an und organisierte im Jahr 2010 erstmals ein ›Kulturfest‹. Damit beabsichtigte das GZ auch dem Tellifest etwas frischen Wind einzuhauchen, die traditionellen Strukturen aufzubrechen und die über die Jahre gewachsene kulturelle Vielfalt in der Siedlung über kulinarische Spezialitäten und Tanzdarbietungen zu thematisieren und zu feiern. Der Quartierverein blieb bei der Organisation des nächsten Tellifests, das seit den 1970er-Jahren alljährlich zum Quartierleben gehört, bei seiner gewohnten Ausrichtung. Über die Jahre haben sich auch weitere vom Quartierverein organisierte

34 Interview II, Telli, 01:12:14.

35 Ebd., 01:01:09.

Veranstaltungen wie das jährliche Neujahrsapéro, der Osterbrunch oder Herbstmarkt zu Telli-Traditionen entwickelt, die gerade von den langjährigen BewohnerInnen mitgetragen und geschätzt werden. Zugleich ist aber auch einiges in Bewegung gekommen. So hat sich etwa im Frühjahr 2014 mit Unterstützung des GZ der Vorstand des Quartiersvereins neuformiert. Dieses zehnköpfige Komitee mit BewohnerInnen unterschiedlichen Alters, Geschlechts sowie aus verschiedenen Herkunftsländern repräsentiert nun die Interessen breiterer Bevölkerungsgruppen.³⁶ Auch im Isengrind ist der Siedlungsverein mehrheitlich von langjährigen, älteren BewohnerInnen besetzt. Jüngere Bewohnergruppen und MigrantInnen sind nur marginal vertreten. Die Jassgruppen, Grillfeste und Neujahrsapéros, die von der ersten Generation in der Bewohnerschaft initiiert worden sind, sind mittlerweile verschwunden. Eine langjährige Bewohnerin stellt fest:

»Früher haben wir viel organisiert, wir haben zum Beispiel einmal im Jahr zum Bräteln [Grillfest] eingeladen und jeder konnte etwas mitnehmen und man konnte sich treffen und miteinander reden [...], aber da sind immer weniger gekommen [...]. Oder wir haben eine Jassspielgruppe gehabt, und das ist halt ein Spiel, das nur die Schweizer spielen können und das hat sich auch aufgelöst, genauso wie die Kegelspielgruppe [...] und manchmal haben wir an Neujahr den Gemeinschaftsraum offen gelassen und jeder konnte etwas mitnehmen, aber das wurde immer leerer.«³⁷

Nur punktuell sind neue Initiativen wie der genannte Oster- und Weihnachtsbazar in diese Lücke getreten. Der Diskurs zur abnehmenden Partizipation und dem zunehmenden Desinteresse an organisierter Geselligkeit geht insbesondere von Sozialarbeitenden sowie von BewohnerInnen aus, die sich selbst engagieren. In den meisten Bewohnerinterviews wurde dies hingegen nicht problematisiert. Wenn es auch kaum Initiativen für eine siedlungs- oder häuserübergreifend organisierte Festkultur gebe, so gebe es doch viele Menschen, die offen seien für alltägliche nachbarschaftliche Begegnungen: »Also die Leute hier reißen nicht so viel an. Aber wenn man jetzt hier im Haus etwas veranstaltet, sind die allermeisten sehr offen und freuen sich darüber«, sagt etwa ein Bewohner.³⁸ Dies deckt sich mit der Erkenntnis Ulfert Herlyns, der beschrieben hat, dass HochhausbewohnerInnen es als besondere Qualität ihrer Wohnsituation erfahren, kein normatives Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln zu müssen (Herlyn 1970, 167).

36 Vgl. »Telli wird erstmals auch im Vorstand multikulti«, in: Aargauer Zeitung vom 03.05.2014.

37 Interview III, UAII, 01:07:46.

38 Interview II, Telli, 00:37:55.

Die Divergenz in den Einschätzungen zum Desinteresse lässt sich mit dem normativen Kern erklären, welcher der Idee des Engagements für die Siedlungsgemeinschaft zugrunde liegt. Die Konzeption von Nachbarschaft als Gemeinschaft entspricht einem romantisierend-verklärenden Ideal, da es Nachbarschaften einseitig als Solidarzusammenhang denkt und sowohl die Vielseitigkeit nachbarschaftlicher Verbindungen als auch die Relevanz von Distanz und Zurückgezogenheit im nachbarschaftlichen Nebeneinander zu wenig berücksichtigt.³⁹ Wer das Nachbarschaftskonzept in seiner Ambiguität zwischen Nähe und Distanz, Öffnung und Abgrenzung, Kontrolle und Unterstützung versteht, schätzt die Situation weniger pessimistisch ein.

39 Vgl. Kap. I 1.1.2; 1.3.2 und 1.3.6.